

Landtagsabgeordneter  
Jens Ahnemüller  
Platz der Mainzer Republik 1

55116 Mainz

Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.  
Bundesgeschäftsstelle

Postfach 1852 · 06608 Naumburg  
fon: +49 (0) 34 45 738 79 63  
kontakt@paxeuropa.de

Spendenkonto:  
IBAN DE83 6739 0000 0004 3330 04  
BIC GENODE61WTH

Sehr geehrter Herr Ahnemüller,

14. September 2020

die rheinland-pfälzische Landesregierung hat eine „Zielvereinbarung“ mit diversen islamischen Organisationen zur Einführung von islamischem Religionsunterricht an staatlichen Schulen abgeschlossen.

Es ist vorgesehen, die Verantwortlichkeit der Lehrinhalte des islamischen Religionsunterrichtes Organisationen zu übertragen, die den Politischen Islam vertreten. Der Politische Islam ist mit den Werten und Normen einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsordnung und mit den universellen Menschenrechten unvereinbar.

Die teilweise vom Verfassungsschutz überwachten islamischen Organisationen, die Ihnen als Vertragspartner dienen sollen, setzen sich aus dem aus der Türkei gesteuerten Islamverband DITIB, aus der islamischen Ahmadiyya Jamaat-Bewegung, aus Salafisten sowie den in der Vereinigung „Schura“ zusammengeschlossenen Gruppierungen wie der – in vielen Staaten verbotenen – Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) sowie Verbänden der radikal-islamischen Muslimbruderschaft zusammen.

Alle genannten Organisationen streben danach, die freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung Deutschlands zu zerstören und durch das totalitäre Gesellschaftssystem des Islams auf der Grundlage der Scharia zu ersetzen.

Eine Zusammenarbeit des Bundeslandes Rheinland-Pfalz mit diesen Organisationen bedeutet, den Politischen Islam mit seinem grundgesetzwidrigen Wesen und seinen verfassungsfeindlichen Zielen zu fördern und durch eine gefährliche Irreführung der Bevölkerung salonfähig zu machen. Von daher ist diese Zusammenarbeit aus Sicht von Demokraten, Menschenrechtlern und Verfassungsschützern nicht nur falsch, sondern absolut unverantwortlich.

Es ist zu erwarten, dass sich Kinder und Jugendliche in dem von Ihnen geplanten Religionsunterricht im Sinne der Scharia radikalieren und sich dem Dihad (Anstrengung/Kampf für die Sache Allahs) verpflichtet fühlen. Junge Menschen würden davon abgehalten, sich im Sinne der hart erkämpften Errungenschaften der Aufklärung frei und kritisch ihres eigenen Verstandes zu bedienen und ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu führen. Anstelle dessen würden sie dazu hingeleitet, sich kritiklos dem System des Politischen Islams (Islam = Unterwerfung unter Allah) zu unterwerfen und ein Leben nach den repressiven Regeln und Vorschriften der Scharia zu führen. Es würden junge Menschen an staatlichen Schulen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit zu Verfassungsfeinden herangezogen mit all den daraus erwachsenden ernsthaften Folgen für die freiheitliche Gesellschaft, den sozialen Frieden und die innere Sicherheit in Deutschland.

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA fordert Sie dazu auf, die Zusammenarbeit mit Organisationen, die den Politischen Islam vertreten, zur Ausrichtung islamischen Religionsunterrichts sofort zu beenden.

Ebnen Sie moslemischen Verfassungsfeinden nicht weiterhin den Weg zur Zementierung und Expansion islamischer Parallel- und Gegengesellschaften sowie zur Errichtung eines religiös begründeten Totalitarismus in Deutschland!

Mit freundlichen Grüßen,

Jörg-Michael Klein

Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz/ Saarland und Mitglied des  
Bundesvorstand der Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V.

Anlage

Fragenkatalog an DITIB-Funktionäre in Deutschland